Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 92 (2001)

Heft: 12

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Festival Science et Cité: das grosse Festival des Wissens

(m) In zehn Schweizer Universitätsstädten fand vom 4. bis zum 11. Mai 2001 das «Festival Science et Cité» statt. Das Gesamtbudget betrug rund 10 Mio. Franken, wovon der grösste Teil durch Sponsoring gedeckt werden konnte. Dieses Festival wollte Brücken schlagen und das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zum Thema machen und zur Diskussion stellen. Nach der nationalen Eröffnungsfeier in Zürich wurden in den Festivalorten die verschiedensten Veranstaltungen zum Thema «Grenzen und Möglichkeiten der Wissenschaft» angeboten. Zielpublikum war die Jugend, die vor dem Entscheid steht, ob sie sich auf die Wissenschaft einlassen soll oder nicht, aber auch die Forscher und Forscherinnen selbst und auch all jene, die der Wissenschaft gegenüber eher skeptisch sind.

Zink speichert Sonnenenergie (ein Beispiel von rund 1000 Experimenten am Festival des Wissens): Weltweit sucht man nach neuen Brennstoffen, die kein schädliches CO_2 in die Luft abgeben. Das Paul Scherrer Institut (PSI) und die ETH beteiligen sich an der Entwicklung solarer Brennstoffe. Ein Ansatz scheint besonders erfolgversprechend: Mittels einer Solaranlage wird Zinkoxid erhitzt. Dadurch trennt sich Zinkoxid auf in Zink und Sauerstoff. Zink kann unbeschränkt lange gelagert und transportiert werden. Lässt man Zink wieder mit Sauerstoff (zum Beispiel aus der Luft) zu Zinkoxid reagieren, wird die gespeicherte Energie wieder frei. Der Sauerstoff kann auch durch Wasser bereitgestellt werden. Dann entsteht Wasserstoff, der als Treibstoff der Zukunft gilt. Das Ausstellungsprojekt des PSI zeigte anschaulich, wie dieser geschlossene Kreislauf funktioniert und wie die Marktchancen des solaren Brennstoffes sind.

Der Auftakt zu den gesamtschweizerischen Aktivitäten des Festival des Wissens erfolgte am 4. Mai in Zürich unter Anwesenheit von Bundesrätin Ruth Dreifuss, Staatssekretär Charles Kleiber und Regierungsrat Prof. Ernst Buschor (ZH). Frau Dreifuss präsentierte eine kleine Anekdote zu Beginn: «In einem Stedtl Zentraleuropas eilt ein für seine Weisheit berühmter Rabbiner in höchster Aufregung durch die Strassen und schreit: «Ich habe eine Antwort; ich habe eine Antwort ...Aber wer kann mir sagen, wie die Frage lautete?» (v.l.n.r.: Bundesrätin Ruth Dreifuss und die Professoren Felix Gutzwiller und Ernst Buschor)

Warum ein regelmässiges Festival?

Zwischen Wissenschaft und Gesellschaft macht sich zunehmend ein Gefühl der Verständnislosigkeit breit. Die Wissenschaft misstraut den Fragen der Gesellschaft. Die Gesellschaft ihrerseits misstraut den Antworten der Wissenschaft. Das Festival will das kritische Vertrauen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft fördern. Es soll anhand eines ausgewählten Themas eine neue Begeisterung für die Wissenschaft auslösen und mithelfen, sie in die Kultur zu integrieren. Das Festival soll regelmässig stattfinden und zu einer Tradition werden.

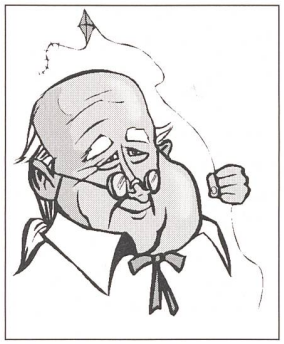
Mit welchem Ziel?

Das Festival will, dass sich Wissenschaft und Gesellschaft der kritischen Auseinandersetzung stellen. Es soll zur Reflexion anregen und nicht einfach auf offene Fragen eine abschliessende Antwort geben. Das Festival bietet Gelegenheit zur Begegnung: zwischen denjenigen, die einfach blind glauben und denjenigen, die stets zweifeln. Das Festival ist eine Brücke zwischen den Vorbehalten der Wissenschaft und den Ängsten der Gesellschaft.

Die Themen

Die nationale Veranstaltung 2001 stand unter dem Thema «Grenzen und Möglichkeiten der Wissenschaften». Die einzelnen Festivalorte haben dazu mit eigenen Stichworten ihr Programm entwickelt.

Der Blitzableiter



«Elektropest»

Es wird viel geschrieben über das leidige Thema «Elektrosmog». Studien und Gegenstudien über elektromagnetische Beeinflussungen und Gefahren türmen sich auf den Tischen und verunsichern Menschen und Fachleute. Die wahre Plage liegt jedoch woanders, nämlich in der missbräuchlichen Anwendung dieser sonst so nützlichen Energiequelle Elektrizität. Wie die Pest geht stark zunehmend der mit Strom verstärkte Lärm durch die Lande. Besonders in den Sommermonaten dröhnt laute Musik aus Konzerten und Konserven aus allen Ecken. In Städten nimmt man in Kauf, dass hunderttausende mit so genannten «Sub-Bässen» («Bumm-Bumm») in ihrem Alltag gestört werden und appelliert an die Toleranz der Bevölkerung. Dies muss nicht sein, d.h. darf gar nicht sein, denn das Gesetz verbietet dies schlechthin. Hier sind die Behörden aufgefordert, in den Orchesterverträgen die maximal erlaubten Lautstärken festzusetzen und diese auch durchzusetzen. Aber auch die Elektroinstallateure täten gut daran, die Beschallungsanlagen so einzurichten, dass sie nur diejenigen beglücken, die solche Musik auch wollen.

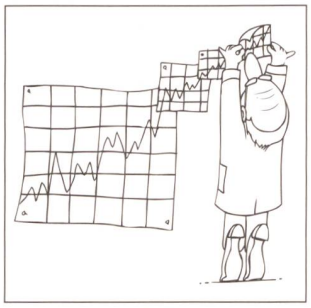
B. Frankl

Das Statistische Jahrbuch – erneuert und ergänzt mit 50% mehr Seiten

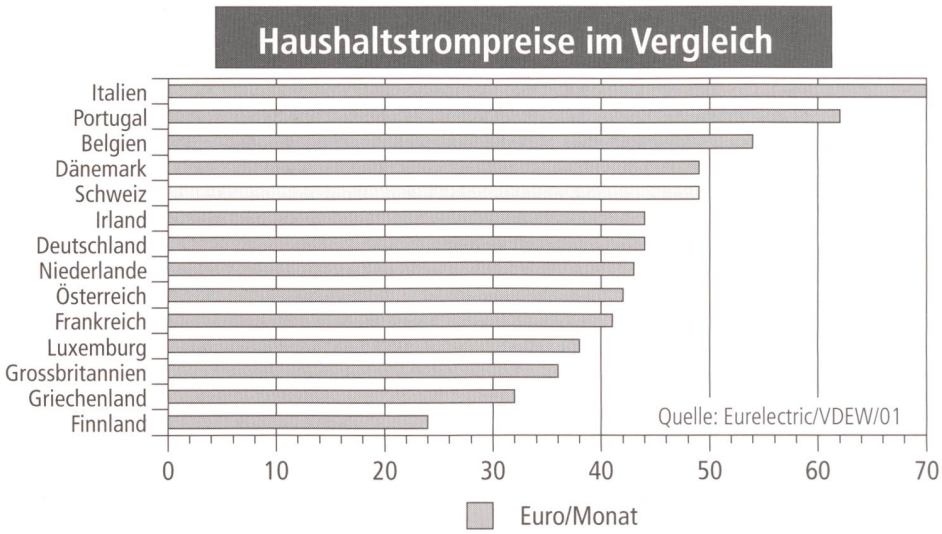
In nahezu allen Lebensbereichen ist die Statistik zu einem unverzichtbaren Informations- und Orientierungsmittel geworden. Den immer wichtiger werdenden Zugang zu statistischen Informationen bietet – als langjähriges Referenzwerk – das Statistische Jahrbuch der Schweiz. Mit der Ausgabe 2001 hat das Bundesamt für Statistik (BFS) dieses Werk den steigenden Bedürfnissen entsprechend rundum erneuert – sowohl in der Printausgabe wie auch in den elektronischen Medien.

Das traditionsreiche, bereits im 108. Jahrgang erscheinende Statistische Jahrbuch der Schweiz ist umfassender, benutzerfreundlicher und attraktiver. Auf rund 800 Seiten – über 50% mehr als im Vorjahr – wird das Leben in der Schweiz, gegliedert nach 19 Themenbereichen, dargestellt.

Ein Bereich ist der Energie gewidmet. Dieses Kapitel enthält eine allgemeine Übersicht über den Energieverbrauch und Tabellen zu folgenden Themen: Bruttoenergieverbrauch, Energieeinfuhr, -ausfuhr, Ausfuhr und Einfuhr elektrischer Energie, Produktion der Erdölraffinerien (Inland), Elektrizitätserzeugung, Neue erneuerbare Energien (Produktion), Energieverbrauch nach Energieträgern, Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen und Endverbraucher-Ausgaben für Energie. In den Tabellen sind nur Zahlen bis zum Jahr 1999 verfügbar.



Das Statistische Jahrbuch wurde stark erweitert.



Vergleich der Stromrechnung eines Musterhaushaltes mit drei Personen und einem durchschnittlichen Verbrauch von 300 kWh im Monat (Rechnung einschliesslich aller Abgaben und Steuern in Euro/Monat).

Haushalte in der EU: für Strom 44 Euro im Monat

(vd) Die meisten der 149 Millionen Haushalte in der Europäischen Union (EU) zahlten im Jahr 2000 niedrigere Strompreise: Die monatliche Stromrechnung eines Drei-Personen-Musterhaushaltes sank im Vergleich zu 1999 im EU-Mittel um gut vier Prozent von 46 auf 44 Euro.

In Deutschland lag die Preissenkung über dem EU-Mittelwert: Die Rechnung des Musterhaushaltes fiel um mehr als sechs Prozent von 47 auf 44 Euro. Für 2001 erwartet der VDEW allerdings wieder einen Anstieg durch die höhere Öko-Steuer sowie die wachsenden Abgaben für Erneuerbare Energien und für Kraft-Wärme-Kopplung.

Die niedrigste Monats-Stromrechnung in der EU zahlte 2000 nach wie vor die finnische Musterfamilie mit rund 24 (25) Euro. Gründe dafür sind vor allem die kostengünstige Wasserkraft und Kernenergie. Die teuerste Stromrechnung erhält man in Italien mit 70 (75) Euro.

Das seit 1991 erscheinende Jahrbuch «Kantone und Städte der Schweiz» ergänzt das Statistische Jahrbuch im regionalstatistischen Bereich durch zahlreiche nach Kantonen und grösseren Städten (mit mehr als 30 000 Einwohnern) gegliederte Tabellen. Zusammen bilden die beiden Jahrbücher die statistische Übersicht und Referenz zur Schweiz und ihren Regionen in gedruckter Form.

Online-Service zu den Jahrbüchern (Fr. 140.–): www.service-stat.admin.ch

Wirtschaftsförderung dank umweltfreundlicher Mobilität

(em) Nach der Bewilligung des Kredites durch den Grossen Rat beginnen im Tessin nun die Vorbereitungen für die Lancierung von VEL 2, dem Folgeprojekt des Grossversuchs mit Leicht-Elektromobilen in Mendrisio. Elektrofahrzeuge können auch in Zukunft auf eine spürbare finanzielle Unterstützung zählen.

Mitte Jahr geht der vom Bundesamt für Energie initiierte Grossversuch mit Leicht-Elektromobilen in Mendrisio offiziell zu Ende. In seiner Frühjahrssession hat das Tessiner Kantonsparlament nach mehrmonatigen und intensiven Diskussionen im ganzen Kanton einen Kredit von 6 Millionen Franken für das Folgeprojekt VEL 2 mit klarer Mehrheit gutgeheissen. VEL 2 wird vier Jahre dauern und die Brücke schlagen zu VEL 3, das die Einführung eines Bonus-Malus-Systems anvisiert.

Grossversuch mit Leicht-Elektromobilen in Mendrisio.

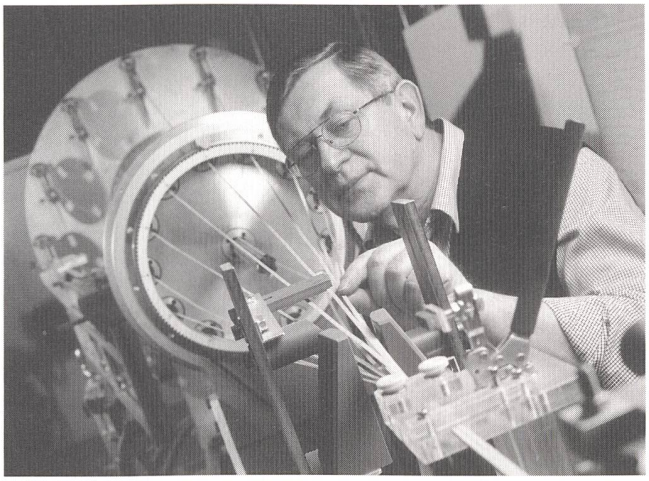
Massiver Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren in der Schweiz

Die Nachfrage der Wirtschaft nach Ingenieurinnen und Ingenieuren mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss steigt stetig an. Trotzdem stagnieren die Absolventenzahlen in den entsprechenden Fachrichtungen oder sind teilweise gar rückläufig. Dies zeigt eine vom Wirtschaftsverband «INGCH–Engineers Shape our Future» durchgeführte Analyse, basierend auf den Zahlen des Bundesamtes für Statistik

Die Untersuchung zeigt, dass sich die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger der in die Analyse einbezogenen Ingenieur-Fachrichtungen an den Schweizer Hochschulen gegenüber 1990 leicht auf 1900 erhöht hat. Steigende Zahlen verzeichneten vor allem die Fächer Informatik und Maschinen-Ingenieurwesen. Im Vergleich zur gesamten Entwicklung an den Hochschulen, wo die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger um 8% zunahm, liegt der Anstieg in den Technischen Wissenschaften (ohne Informatik) mit einem Plus von nur 1% aber weit unter dem Durchschnitt.

Alarmierende Entwicklungen sind an den Fachhochschulen festzustellen. Die grösseren Ingenieurfachrichtungen zeigen gleich bleibende bis rückläufige Zahlen bei den StudienanfängerInnen. Hingegen hat sich die Zahl der Eintritte im Fach Informatik in den letzten Jahren rund verdreifacht.

In eklatantem Widerspruch dazu steht der Bedarf an Ingenieurinnen und Ingenieuren in der Wirtschaft, der entsprechend der Dynamik der technologischen Entwicklung steigt. Die Analyse von INGCH zeigt – ausgehend von den Studieneintritten der letzten Jahre – auch Zukunftstrends auf: Abschlüsse im Bereich Bauwesen werden tendenziell sinken, die Anzahl der Diplome in den Fächern Maschinenbau und Elektroingenieurwesen stagnieren. Für die Fachrichtung Informatik wird eine starke Zunahme der Abschlüsse erwartet. Positiv zu werten ist, dass der Frauenanteil bei den Ingenieur-Fachrichtungen in den letzten 10 Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Er liegt heute bei den Diplomen bei 15% und wird künftig weiterhin leicht steigen.



Bedarf an Ingenieurinnen und Ingenieuren steigt entsprechend der Dynamik der technologischen Entwicklung (Entwicklung von HT-Supraleiter/ Bild Siemens).

Konzessionsverfahren für Sondierstollen am Wellenberg

Der beantragte Sondierstollen soll Klarheit über die geologische Eignung des Wellenbergs für ein neues Lagerkonzept bringen.

(gnw) Die Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg – GNW – zeigt sich befriedigt, dass der Regierungsrat Nidwalden auf ihr Gesuch um eine Stollenkonzession eingetreten ist. Die Gesuchsunterlagen werden nun öffentlich aufgelegt. Nachdem die Wünsche der Behörden und der Bevölkerung berücksichtigt sind und das Projekt von der Kantonalen Fachgruppe unter Prof. Wildi geprüft und positiv beurteilt worden ist, sieht die GNW der kommenden kantonalen Abstimmung mit Zuversicht entgegen. Der beantragte Sondierstollen soll Klarheit über die geologische Eignung des Wellenbergs für ein neues Lagerkonzept bringen. Über die Erteilung der Konzession werden die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner an der Urne zu entscheiden haben. Der Vortrieb des Sondierstollens wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

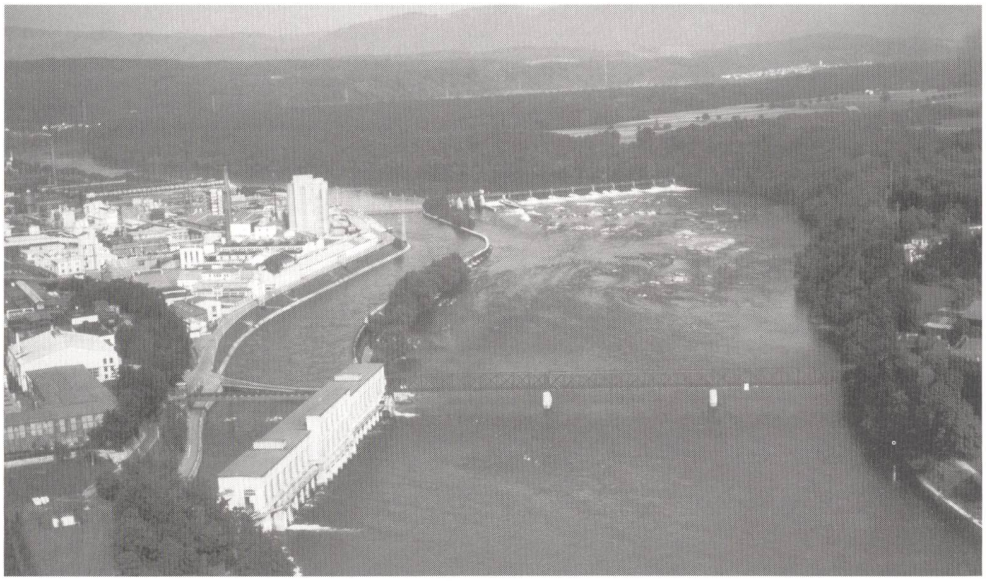
Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur (IEA)

Am 15./16. Mai 2001 tagte die Ministerkonferenz der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris. Die diesjährigen Themen waren: Fragen der Energieversorgungssicherheit, die Liberalisierung der Energiemärkte und die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung für die heutige und künftige Energiepolitik. Diese Themen sind auch aus Sicht der Schweiz von Interesse. Besondere Anliegen unseres Landes sind eine gesicherte Energieversorgung, die Nutzung der in allen IEA-Ländern vorhandenen Energiesparpotenziale und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien. Eine wirksame Energiepolitik ist auch zur Erreichung der Klimaschutzziele unerlässlich.

Die IEA hat als autonome Organisation innerhalb der OECD die Aufgabe, eine gesicherte Ölversorgung zu fördern sowie Versorgungskrisen zu bekämpfen. Die Organisation wurde als Reaktion auf die Erdölkrisen 1974 ins Leben gerufen. Im Laufe ihres Bestehens haben neben der Versorgungssicherheit die Umweltauswirkungen des Energieverbrauchs und in neuerer Zeit die Liberalisierung für die IEA an Bedeutung gewonnen. Seit 1990 wurden auch die Beziehungen zu Entwicklungsländern und ölproduzierenden Staaten intensiviert.

Swissmem lanciert Expo.02-Projekt

Swissmem (ASM/VSM), der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie), wird an der Expo.02 das Projekt «Leben, Lust und Lohn» zum Thema Werkplatz Schweiz lancieren. Dabei wird das Thema Arbeit in einer Erlebniswelt interaktiv und spielerisch umgesetzt. Finanziert wird das Ausstellungsprojekt durch Swissmem-Mitgliedfirmen und cemsuisse, den Verband der Schweizerischen Cementindustrie. Das Projektbudget beträgt 12,9 Mio. Franken.



Wasserkraftwerk Rheinfelden soll neu gebaut werden.

Ausbau der Wasserkraft am Rhein «unverzichtbar»

(bw) Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen von derzeit knapp 6% bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Um dieses Ziel zu erreichen, sei der weitere Ausbau der Wasserkraft im Land unverzichtbar, erklärte die Regierung am 3. Mai. Der Verantwortung für den Klimaschutz könne das Land nur dann gerecht werden, wenn die Wasserkraft (rund 5% der gesamten Stromerzeugung und damit der grösste Anteil der regenerativen Energiequellen) stärker genutzt werde als bisher. Das Ausbaupotenzial bis 2010 betrage an den Flüssen Neckar und Rhein rund ein Drittel.

Ausbaupotenzial rund ein Drittel

Experten aus den zuständigen Ministerien und der Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG informierten Europaabgeordnete und Fachleute der EU-Kommission über den hohen Stellenwert der Wasserkraft für Baden-Württemberg. Hintergrund dieses Meinungsaustauschs ist eine geplante EU-Rahmenrichtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Baden-Württemberg wehre sich gegen Überlegungen, in diese Richtlinie ein faktisches Verbot ausgerechnet für die Förderung grosser Wasserkraftwerke aufzunehmen.

Zusätzliche 550 Mio. kWh

Allein mit dem Neubau des Wasserkraftwerkes Rheinfelden sowie dem Einbau je einer fünften Turbine in den Kraftwerken Gambsheim und Iffezheim am Oberrhein könnte eine zusätzliche Jahresproduktion von 550 Mio. Kilowattstunden erreicht werden. Dies wäre das doppelte der Solarstromproduktion des vom Bund mit einer Milliarde DM geförderten 100 000-Dächer-Programmes. Das Projekt Rheinfelden führe zu einer Verminderung des Ausstosses von Kohlendioxid um 600 000 Tonnen jährlich, so die Experten.

Energieausbeute in Europa weit vor USA

(vdew) Die Volkswirtschaften der Länder der europäischen Union (EU) nutzten Strom deutlich intensiver als die USA: Im Jahr 2000 war der Pro-Kopf-Stromverbrauch in der EU mit 6120 Kilowattstunden (kWh) halb so hoch wie in den USA. Dort entfielen auf jeden US-Bürger statistisch gesehen 12 100 kWh Strom.

Zufriedenheit der Stromkunden steigt

Rund 90% der Deutschen waren Ende 2000 «sehr zufrieden» oder «zufrieden» mit ihrem Stromlieferanten. Dabei lag die Zahl der «sehr Zufriedenen» mit 33% fast doppelt so hoch wie 1996, zwei Jahre vor Beginn des Wettbewerbs im Strommarkt. Damals äusserten sich erst 17% der Bürger «sehr zufrieden».

Kundenfreundlichkeit bescheinigten 73% (1996: 69%) der Bevölkerung den Stromunternehmen. Wie der VDEW weiter berichtet, wird auch die Preispolitik positiv bewertet: 84% (79%) der Bürger sehen «ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis». Zur Freude der Öffentlichkeitsarbeiter wird die Informationspolitik zunehmend als «offen» wahrgenommen.

Politik belastet Strompreise

(vd) Der intensive Wettbewerb im deutschen Strommarkt brachte für alle Kunden deutlich niedrigere Preise. Für die Industrie gab es Nachlässe bis zu 50%. Im Durchschnitt zahlten die Betriebe im Jahr 2000 rund 35% weniger für Strom als vor der Liberalisierung 1998, berichtet der VDEW. Der Wettbewerb im Strommarkt sei allerdings keine Einbahnstrasse zu immer niedrigeren Preisen. Nach der teilweise durch Überreaktionen geprägten Startphase im liberalisierten Markt folge jetzt die Normalisierung. Seit dem Tiefstand Mitte 2000 stiegen die Strompreise für die Industrie bis Anfang 2001 um 15%. Damit sei das Preisniveau aber immer noch 30% niedriger als 1998.

Warum es in Europa keine «kalifornische» Stromkrise geben wird

(ee) Schuld an der aktuellen Stromkrise in Kalifornien sei nicht die Liberalisierung selbst, sondern eher eine gewisse undurchdachte Liberalisierungsweise. So lautet das Fazit einer Studienreise von Experten für Marktregulierung der Union of the Electricity Industry-Eurelectric. Die Delegation, begleitet von einem Energiebeamten der EU-Kommission, sprach dort mit Vertretern grosser amerikanischer Elektrizitäts- und Versorgungsunternehmen, Energiemarktexperten und Regulierungsbehörden.

Die Delegation kommt in ihrem Bericht zum Schluss, dass es höchst unwahrscheinlich ist, dass sich die Irrtümer und Probleme, die in Kalifornien zu Stromausfällen und zu Bankrotts geführt haben, in der EU wiederholen. Hohe Stromerzeugungskapazitäten, ein ausgewogener Brennstoff-Mix, ein eng vermaschtes Übertragungsnetz, die Möglichkeit, das Preisrisiko auf den Strommärkten abzusichern sowie das Fehlen übertriebener Regulierungen, wie sie den kalifornischen Stromsektor kennzeichnen: all dies macht eine solche Krise in näherer Zukunft in der EU äusserst unwahrscheinlich. Die Experten zogen nichtsdestoweniger Lehren aus dieser Krise, damit das Vertrauen in den funktionierenden europäischen Strommarkt auch künftig gewahrt bleibt.

Une crise de type californien ne peut pas se produire en Europe

(eu) La crise actuelle de l'électricité en Californie n'est pas le résultat direct de la libéralisation mais la conséquence d'une libéralisation mal pensée. Ceci est la conclusion principale de la récente mission d'études aux USA menée par des experts sur la régulation des marchés.

La délégation Eurelectric, accompagnée d'un fonctionnaire de la Commission européenne en charge de l'énergie, a rencontré des représentants de grandes entreprises d'électricité et de «utilities» (compagnies de distribution pour les clients finaux), des experts du marché de l'énergie et des fonctionnaires des autorités de régulation. Un rapport conclut que les erreurs et problèmes accumulés qui ont causé les interruptions de courant et les quasi-faillites en Californie ont très peu de chance de se reproduire dans le marché européen libéralisé de l'électricité. L'importance des capacités de production, la diversité des combustibles utilisés, le bon maillage du réseau de transport, la possibilité pour les entreprises de répercuter leurs coûts ainsi que l'absence de régulation excessive – telle que celle qui a déséquilibré le marché californien – rendent une telle crise extrêmement improbable à court ou moyen terme dans l'UE. Par ailleurs, le rapport des experts souligne les leçons à tirer pour que cette confiance dans le marché européen de l'électricité reste justifiée.

Barsebäck-Stilllegung verstösst gegen EU-Richtlinien

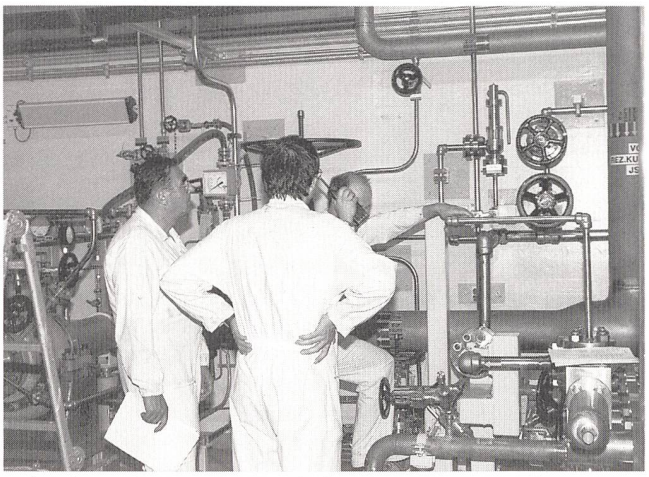
(at) Die EU-Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström, hat Schweden vorgeworfen, bei der Stilllegung des Kernkraftwerksblocks Barsebäck-I im Jahr 1999 gegen geltende EU-Umweltrichtlinien verstossen zu haben. In einem formalen Schreiben an die schwedische Regierung stellt die Kommissarin fest, dass gemäss diesen Richtlinien eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor der vorzeitigen Stilllegung des Kernkraftwerks hätte durchgeführt werden müssen. Das Schreiben steht in Zusammenhang mit einer Beschwerde des Anlagenbetreibers, Sydkraft, in der unter anderem die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor einer endgültigen Stilllegung von Barsebäck-I festgestellt wird. Die schwedische Regierung sieht jedoch keine Veranlassung für weitere Schritte, da nach schwedischem Recht für die Stilllegung einer kerntechnischen Anlage kein Genehmigungsverfahren und damit auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig sei.

US-Regierung für Kernenergie

(vw) Vizepräsident Richard Cheney ist von Präsident George W. Bush beauftragt worden, langfristige Energiekonzepte für die Vereinigten Staaten auszuarbeiten. Kürzlich hat er die künftigen Energieperspektiven der USA umrissen und dabei die Abkehr von der Atomenergie in Frage gestellt. Diese sei «eine der saubersten Methoden zur Stromerzeugung, die wir kennen». «Wenn wir es mit dem Umweltschutz ernst meinen, dann müssen wir ernsthaft hinterfragen, wie weise es ist, sich von etwas abzuwenden, das nachweislich eine sichere, saubere und reiche Energiequelle ist.» Alternative Energien seien noch nicht weit genug, als dass die US-Wirtschaft und -Gesellschaft darauf gestützt werden könnten. Seit den siebziger Jahren sind in den USA keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut worden. Nach Schätzungen der Regierung müssen über 1300 neue Kraftwerke aller Arten gebaut werden, um die steigende Nachfrage der kommenden 20 Jahre decken zu können.

Technik und Wissenschaft
Technique et sciences

Hohe Sicherheit der schweizerischen Kernanlagen



Technische Inspektion in einem Kernkraftwerk.

Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) veröffentlicht ihren neuen Jahresbericht und äussert sich darin über wesentliche Aspekte der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes in den schweizerischen Kernanlagen und bei den Transporten abgebrannter Brennelemente im Jahr 2000. Der Zustand und die Betriebsführung der Kernanlagen wie auch die Abwicklung der Transporte werden als gut bezeichnet. Die HSK erachtet es als Ziel, dass der hohe Sicherheitsstandard der Kernanlagen auch in Zukunft aufrechterhalten bleibt. Ein besonderes Augenmerk widmet die HSK bei ihrer Aufsicht dem technischen Zustand der Anlagen sowie den betrieblichen Abläufen, der Organisation und der Ausbildung des Personals.

Die HSK legt in ihrem Jahresbericht dar, dass die Mengen der an die Umgebung abgegebenen radioaktiven Stoffe an den vier Standorten der Kernkraftwerke und am Paul Scherrer Institut (PSI), welches in Würenlingen und Villigen mehrere Anlagen zur nuklearen Forschung und zur Behandlung radioaktiver Stoffe betreibt, sehr gering waren und weit unterhalb der behördlichen Grenzwerte lagen. Beim Strahlenschutz wurden in allen schweizerischen Kernanlagen tiefe Werte für die Kollektivdosen des Personals (Summe aller individuellen Strahlendosen der in einer Kernanlage beschäftigten Personen) erzielt. Dies war möglich dank den radiologischen Abschirmmassnahmen, der gründlichen Planung der Arbeiten und dem Befolgen der behördlichen Forderungen. Auch die Jahresgrenzwerte für die individuellen Strahlendosen des Personals wurden sowohl in den Kernkraftwerken als auch am PSI eingehalten.